

Liebe Leserin, lieber Leser,

sozialer Zusammenhalt ist notwendiger denn je – das spüren wir alle nun gerade im erneuten Lock-down wegen der Corona-Pandemie. Sozialer Zusammenhalt ist auch der Schwerpunkt, den unsere Fraktion bei ihren Beratungen zum Haushaltsplanentwurf der Landeshauptstadt Hannover am vergangenen Wochenende gesetzt hat.

Ein gutes, gesundes neues Jahr und eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Schwerpunkte unserer Haushaltsklausur: sozialer Zusammenhalt und Bildung

Am vergangenen Wochenende (15./16. Januar) fand unsere Haushaltsklausur statt, in diesem Jahr wegen der Corona-Lage erstmals digital. Die Schwerpunkte unserer Beschlüsse liegen auf der Stär-



kung des sozialen Zusammenhalts in Hannover und auf Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Gerade in der aktuellen Situation sind uns diese Themen besonders wichtig.

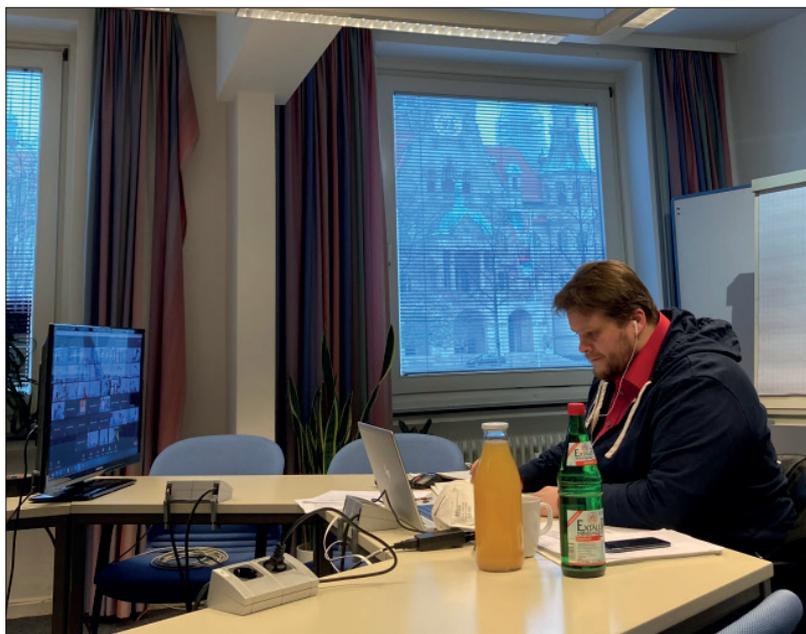
Beispielhaft für die Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Hannover stehen die Ausweitung der Wohnraumförderung und eine Kapitalzuführung an die städtische Tochter hanova WOHNEN. Dadurch sollen günstiger Wohnraum und Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose geschaffen werden. Weiterhin schlagen wir vor, die Unterkünfte der „Roten Reihe“ in Hainholz und das Haus in der Schwesternhausstraße des Rats- und von-Soden-Klosters an die städtische Tochter hanova abzugeben, damit diese die Immobilien schneller sanieren kann. Abgerundet wird dieses Programm gerade im Bereich Obdach durch weitere Unterstützungsmaßnahmen, darunter ein Winternotprogramm und die Einrichtung eines Duschbusses, wie auch in der sozialen Quartiersarbeit – auch für Familien, Kinder, Jugendliche, Senior*innen und Migrant*innen.

Der Leitgedanke der Stärkung des sozialen Zusammenhalts zieht sich auch durch unsere Beschlüsse im Bildungs- und im Jugendbereich. So wollen wir über die Fortführung des Programms für Schulen mit besonderen Herausforderungen, die dauerhafte Fortführung der Sommerschule und die Einrichtung eines „Hannoverfonds für Kinder und Jugendliche“ deren Teilhabechancen stärken und Kinderarmut bekämpfen.

„Sozialer Zusammenhalt wird vor allem dort spürbar wo Menschen sich ehrenamtlich für ihre Mitmenschen einsetzen, deshalb wollen wir das Ehrenamt stärken, sei es durch zeitgemäße Infrastruktur oder durch direkte finanzielle Unterstützung“, erklärt unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich. Das wird insbesondere durch unsere Beschlüsse zur Sanierung des Bürgerhauses Misburg und des Freizeitheims Döhren deutlich, zeigt sich aber auch in der finanziellen Unterstützung von Ehrenamtlichen, zum Beispiel im Katastrophenschutz und in den Sportvereinen.

Zugleich wollen wir verschiedene Wirtschaftsbereiche stärken, etwa Standortgemeinschaften, die Kreativwirtschaft oder das Kongresswesen am Messestandort Hannover. Dadurch wollen wir unter anderem die Folgen der Corona-Pandemie mildern.

In unserer zweitägigen Haushaltsklausur haben wir Anträge erarbeitet, die konkrete Mittelzuweisungen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur wie auch konzeptionelle Weiterentwicklungen in verschiedenen Bereichen vorsehen. Unseren zusätzlichen Ausgabewünschen stehen dabei auch belastbare Gegenfinanzierungen gegenüber. Da-



Unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich während der Klausur, im Hintergrund das Neue Rathaus

mit erhalten wir die Handlungsfähigkeit unserer Stadt langfristig und setzen den verantwortlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln fort.

Unsere Vorschläge beraten wir seit gestern (21.01.) mit unseren Partnern von Grünen und FDP. Diese Verhandlungen sollen Ende nächster Woche abgeschlossen sei, bevor am 8. Februar die abschließenden Beratungen der Fachausschüsse über den [Haushaltsplanentwurf 2021/2022](#) beginnen werden.

Verlängerung der Corona-Hilfen

Angesichts dessen, dass die Corona-Pandemie anhält und ihr Ende vorerst nicht abzusehen ist, sind verschiedene Maßnahmen ergriffen worden, um die Hilfen für Betroffene in verschiedenen Bereichen zu verlängern oder auszudehnen.

So haben wir bereits in der letzten Ratsversammlung des vergangenen Jahres am 17. Dezember einer [Änderung der Hauptsatzung](#) der Landeshauptstadt Hannover zugestimmt, die es der Verwaltung erlaubt, die erhöhten Wertgrenzen für laufende Verwaltungsgeschäfte von fünf Millionen Euro bis zum 31. März zu nutzen. Diese Regelung ermöglicht es, Nothilfen im Gefolge der Pandemie schnell und unbürokratisch auf den Weg zu bringen und war ursprünglich bis zum 30. Oktober 2020 befristet; die Wertgrenzen für laufende Verwaltungsgeschäfte liegen ansonsten bei maximal 355.000 Euro.

Verlängern wollen wir ebenfalls das Hannoversche Stabilitätspaket in der Corona-Krise („[Stabilitätspaket 2.0](#)“). Dadurch werden weitere Hilfen in Höhe von 790.000 Euro ausgelöst, die Sportvereinen, Kulturschaffenden und Wirtschaftsbetrieben, voran der Gastronomie, zugutekommen werden. Nachdem das Stabilitätspaket 2.0 am 15. Januar vom Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten einstimmig beschlossen wurde, ist die Beschlussfassung durch die anderen Ratsgremien in Kürze zu erwarten.

Ausgesetzt werden sollen nun erneut die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung. Unsere Fraktion hatte unmittelbar nach dem Jahreswechsel gefordert, wie bereits im Frühjahr 2020 auf die Erhebung dieser Beiträge zu verzichten, da die Krippen, Kindergärten und Horte nur beschränkt oder gar nicht geöffnet werden. Die Verwaltung ist dem gefolgt, die [Aussetzung der Entgeltspflicht für die Kinderbetreuung](#) soll am kommenden Montag (25. Januar) zunächst vom Jugendhilfeausschuss beschlossen werden.



Facebook-Post vom 6. Januar 2021

Die [Corona-Prämie](#) für städtische Beschäftigte, die im Oktober von den Arbeitgeber*innenvertretungen von Bund und Kommunen sowie den Gewerkschaften vereinbart worden war, wird nun auch Auszubildenden als einmalige Pauschale ausgezahlt werden. Darüber wird die Personalverwaltung am kommenden Mittwoch (27. Januar) den Organisations- und Personalausschuss informieren.

Anträge: Sicherheit in der Innenstadt, Kohleausstieg und Neubau der IGS Bothfeld

Sozialer Zusammenhalt wächst ebenso wie öffentliche Sicherheit aus sozialer Sicherheit bzw. aus einem guten Sicherheitsempfinden. Unsere Fraktion hat deshalb – auf der Grundlage von Beratungen der Projektgruppe Innenstadt des SPD-Stadtverbandes – in ihrer ersten Sitzung des neuen Jahres am 12. Januar zwei Anträge beschlossen, mit denen Sicherheit und Sicherheitsempfinden in zwei Bereichen der Innenstadt gestärkt werden sollen.

So wollen wir für den Weißekreuzplatz ein Nutzungskonzept entwickeln und umsetzen lassen. Deswegen Grundlage sollen die Ergebnisse einer Bürger*innenbeteiligung bilden, die wir bereits vor vier Jahren mit einem [Haushaltsantrag](#) angeschoben hatten, deren Ergebnisse aber bis heute nicht umgesetzt worden sind. Wir erwarten nun – nach dem Vorbild des Stephans- oder des Schünemannplatzes – eine Gliederung des Platzes in verschiedene Nutzungsareale, darunter ein Spielplatz und Flächen für Außengastronomie, wodurch bisherige Nutzungskonflikte beseitigt werden.

Am Marstall oder in dessen Umfeld wollen wir ein „Haus der Prävention“ einrichten lassen, in dem Polizei, städtischer Ordnungsdienst und andere städtische Dienststellen zusammenarbeiten. Sie sollen neben Streifendiensten und Kontrollen sozial- und ordnungspolitische Angebote für Besucher*innen und Anwohner*innen dieses Areals bereithalten sowie örtliche Sicherheitskonferenzen mit den verschiedenen Interessengruppen am Marstall durchführen. Unser Ziel ist es, mit dem „Haus der Prävention“ (der Titel geht auf ein gleichnamiges [Projekt in Stuttgart](#) zurück) die Lage am Marstall – in unmittelbarer Nachbarschaft zur Partymeile am Steintor – anhaltend zu beruhigen. Die Polizeidirektion und die Stadtverwaltung stehen unserem Ansinnen offen gegenüber.

Am Rande unserer Haushaltsklausur (siehe oben) haben wir zwei weitere Anträge beschlossen.

Der eine nimmt das Anliegen des Bürgerbegehrens „[hannover erneuerbar](#)“ auf, dessen Durchführung der Verwaltungsausschuss gestern (21. Januar) zugestimmt hat. Wir wollen nun die Verwaltung beauftragen, mit der enercity AG zu verhandeln, dass in deren Kraftwerk Stöcken noch vor dem bisher vorgesehenen Zeitpunkt im Jahr 2030 auf die Verfeuerung von Steinkohle verzichtet wird. Dabei soll berücksichtigt werden, dass der vorzeitige Ausstieg aus der Kohle nicht zu einem massiven Anstieg der Strom- und Fernwärmepreise führen darf, der vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen belasten würde, oder die Versorgung mit Energie und Wärme gefährdet würde.

Unser zweiter Antrag nimmt Änderungswünsche des Bezirksrates Bothfeld-Vahrenheide zum [Neubau der Integrierten Gesamtschule Bothfeld](#) auf. Unser Antrag trägt dem Ziel Rechnung, dass die IGS Bothfeld als Veranstaltungsort für Kultur und Sport genutzt werden und dem Kulturtreff Bothfeld eine neue Heimstatt bieten kann.

Alle vier Anträge werden derzeit von unseren Partnern, den Grünen und der FDP, beraten.

Neubau an der Reitwallstraße

Bevor die Umgestaltung des Steintorplatzes beginnt, zu der wir eine umfangreiche [Bürger*innenbeteiligung](#) angeschoben hatten, die vor anderthalb Jahren abgeschlossen wurde und bald umgesetzt werden soll, wird an dessen Rand ein neues Hotel entstehen. Mit dem mehrgeschossigen Neubau anstelle der bisherigen zweistöckigen Gebäude wird der Steintorplatz geschlossener wirken. Dem Vorhaben haben wir im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vorgestern (20. Januar) ebenso zugestimmt wie dem [Ergänzungsantrag](#) aus dem Bezirksrat Mitte, der im Erdgeschoss des Neubaus eine Polizeistation vorsieht. Möglicherweise könnte hier auch das „Haus der Prävention“ eingerichtet werden, für das wir uns einsetzen.

Förderung des neuen Schauhauses in den Herrenhäuser Gärten

Erneut gute Nachrichten gab es in den vergangenen Tagen aus Berlin: Der Bund wird den Neubau eines Schauhauses in den Herrenhäuser Gärten mit 1,5 Millionen Euro aus dem Förderprogramm für national bedeutende Kultureinrichtungen unterstützen. Der Bau des neuen Schauhauses, dessen [Entwurf](#) im Februar 2019 dem Ausschuss für die Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters vorgestellt worden war, soll in diesem Jahr beginnen. Neben dem Bund unterstützt auch die Region Hannover den Neubau des Schauhauses im Berggarten mit einer Million Euro. Die Förderung durch Bund adelt allerdings auch die Herrenhäuser Gärten, die dadurch als einziges Projekt aus dem Bereich Gartenkultur als national bedeutende Kultureinrichtung anerkannt worden sind.

Eine Stadt für alle.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,
Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>, Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>,
Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.